

Dr. Alexander A. Turygin,
Staatliche Universität Kostroma (Russland)

Aldeutsche Variante des Projektes „Los von Rom“: Zur Frage der Auswahl einer politischen Taktik

ABSTRACT

The “Los von Rom” project has allowed Pan-Germans to formulate tasks concerning the German Catholics, perceiving them as politically active subjects. Failures of the Austrian option "Los von Rom" have given the chance to Pan-Germans to formulate a careful tactical position: on the one hand, the party of "Center" stood ideologically close to the Pan-German league as opposition to the government on the eve of war. Pan-Germans sought to get support of Catholics that was expressed in a formulation of the Heinrich Class "Pan-German Catholics". This support would give to Pan-Germans necessary voices in parliament. On the other hand, Catholics were competitors of Pan-Germans, were homogeneous, solid group which has offered Germans own option of national and political development. The history of interaction of Pan-Germans and Catholics in Germany in the first quarter of the 20th century is presented in article

KEYWORDS. Catholic “Zentrumspartei“, Pan-Germans, project, tactics, German empire, social movement, parties

1. Die Wurzeln der Los-von-Rom-Bewegung

In der europäischen Geschichte sind die Fragen von Religion und Politik eng miteinander verbunden und bis heute sehr aktuell geblieben. Ursprünglich waren Religion und Politik nicht voneinander geschieden. Das göttliche Gesetz - für die Griechen wie auch für die Römer - bestand in den religiösen Regeln, die in der Regel den gleichen Status wie die staatlichen Gesetze hatten: die Gesetze der Polis bei den Griechen und die Gesetze des Staates bei den Römern. Der religiöse Kult war identisch mit dem staatlichen Kult. Es existierte keine Abgrenzung zwischen einem säkularen und einem religiösen Bereich. Das, was wir heutzutage Säkularismus nennen, war bis zum Eintritt des Christentums in die weltweite Geschichte unbekannt.

Noch im Vorfeld des Vertrages für eine Europäische Verfassung ist 2006 darum gerungen worden, ob der Bezug auf Gott in die Präambel solle. Außerdem ist das Verhältnis zwi-

schen Religion und Politik in jedem europäischen Land sehr unterschiedlich geprägt. In Polen hat sich kürzlich sogar ein neues Bündnis zwischen der nationalistischen Regierungspartei und der katholischen Kirche ergeben. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit dem Verhältnis des deutschen Katholizismus zum Staat zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Den Katholiken fiel der Schritt in die erste deutsche Republik leichter als den anderen Konfessionen Deutschlands. Die Katholiken lebten noch in vergleichsweise stabilen soziokulturellen Milieus, waren in den beiden Anfangsjahrzehnten des Kaiserreichs durch den Kulturkampf herausgefordert worden und hatten trotz wachsender Integration bis 1918 in einem prekären Verhältnis zum nationalprotestantischen Impetus der politischen Kultur des Kaiserreichs gestanden. Zwar gab es auch hier – z. B. von bischöflicher Seite – Kritik an den revolutionären Ursprüngen der Republik. Aber mit der tragenden Rolle der Partei des politischen Katholizismus, des Zentrums, im Weimarer Parteiensystem rückte auch der politische Katholizismus insgesamt näher an den Staat heran. Doch damit geriet er in Konflikt mit dem anti-demokratischen Nationalismus. Einerseits gab es eine Affinität: Der Diskurs des Nationalismus hatte sich unabhängig von rein theologischen Themen unter dem Einfluss der esoterischen Ariosophie herausgebildet (Goodrick-Clarke, 1985), d.h. die göttliche Prädestination durch eine transzendente Macht, die dem religiösen Umfeld entnommen wurde, was in der Tätigkeit zahlreicher nationalistischer Vereinigungen und gesellschaftlicher Bewegungen ihren Niederschlag fand. Die „völkischen Semantik“ des Religiösen war also für den damaligen Nationalismus attraktiv.

Andererseits verfügte der politische Katholizismus über eine beträchtliche politische Erfahrung: Die für die neuen nationalistischen Kräfte wichtigen Stimmen der Katholiken im Reichstag ließen sich keineswegs umstandslos in eine nationalistische Richtung umlenken. Deshalb wurden die Katholiken des Zentrums ein Objekt der Kritik. Da die Nationalisten die Unterstützung der Katholiken nicht wie erhofft erhielten, begannen die Nationalisten des Alldeutschen Verbandes konsequent mit der Kritik der katholischen Zentrumspartei.

Die religiös-politische *Los-von-Rom-Bewegung*, die an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entstanden war, ist ein Beispiel für eine ziemlich schnelle Transformation eines vorwiegend religiösen Protestes in den politischen Kampf (Lothar, 1953; Trauner, 2006; Smith, 1995). Ihre transnationale Spezifik besteht darin, dass die österreichische Herkunft die Bewegung nicht daran gehindert hat, Unterstützung und Anhänger in Deutschland zu finden, wo ihre Ideen seither von oppositionellen politischen Kräften in großem Ausmaß artikuliert wurden.

Die Wurzeln der Los-von-Rom-Bewegung gehen zurück auf die religiöse Politik des aufgeklärten Monarchen Kaiser Joseph II. (1765-1790). Durch sein „Toleranzpatent“ von 1781 und die darauffolgenden Reformen wurde die vorher in Österreich herrschende Römisch-Katholische Kirche faktisch dem Staat untergeordnet. Der kaiserliche Erlass unterminierte die Herrschaft der Römisch-Katholischen Kirche in Österreich und bot die Möglichkeit, öffentlich vom Katholizismus zum Protestantismus zu wechseln. Ziel der kaiserlichen Politik und deren Anhänger war anfangs die Schaffung von Voraussetzungen für den freien Übergang von römisch-katholischem Glaubensbekenntnis zum Protestantismus.

Die Weiterverbreitung des Josephinismus als Grundlage der Bewegung¹ war verbunden mit der Kritik und den Versuchen, die Tätigkeit der Organisationen einzuschränken, die Rom unterstanden – des Jesuiten- und des Redemptoristen-Ordens². Der letztere wird nach seinem Begründer auch Liguorianer-Orden genannt. Bis Mitte der 1850er Jahre fand die Idee der Befreiung von der Kontrolle seitens der Römischen Kurie auch in der Revolutionsbewegung Unterstützung. Gerade damals entstand der Name „Los von Rom“, der laut einer Version erstmalig vom politisch engagierten katholischen Geistlichen aus Wien Hermann Pauli in einer Rede gebraucht wurde. Die Urheberschaft wird auch dem österreichischen Arzt Georg Rakus (Trauner, 2003) zugeschrieben, der sich wie folgt über die Katholische Kirche ausgesprochen hatte:

Dort, wo sich die Wege unseres Volkes mit Rom kreuzen, wo der lebendige Strom es auf seinem Wege trifft, ist dieses stets bemüht, dessen Wurzel mit seiner Hand zusammenzupressen. Eine solche römisch-katholische Politik, wie sie heute betrieben wird, verwundet unweigerlich das Bewusstsein der Deutschen, welches ohnehin schon überbeansprucht ist. Sie versetzte das deutsche Volk in Aufruhr vom Zentrum bis zu den entferntesten Randgebieten, und führte dazu, dass es sich unter der Parole Los von Rom zusammengeschlossen hat. Das deutsche Volk nimmt vor Gott die Verantwortung für seine Zukunft selber in die Hand, wo doch ein deutsches Sprichwort besagt: Gott wird die Deutschen nicht im Stich lassen. (Gottas, 1989, S. 588).

¹ Josephinismus ist eine nach Kaiser Joseph II. benannte religiös-politische Lehre, der die Ideen einer Unterordnung der Römisch-Katholischen Kirchenorganisation in Österreich unter die weltliche Macht zugrunde liegen. Er führte zu einem Konflikt zwischen Wien und Rom, der mit einem zeitweiligen Kompromiss endete (Konkordat vom 18. August 1855). Danach traten jedoch erneut Widersprüche auf (I. Vatikanisches Konzil, 1869-70), die zum Abbruch der Beziehungen zu Rom führten.

² Redemptoristen bzw. Liguorianer sind ein katholischer Mönchsorden, der 1732 von Alfonso Maria de Liguori gegründet wurde, um unter den ärmsten und ausgestoßenen Christen (sozialen Unterschichten) zu predigen und den Glauben zu stärken.

Der revolutionäre Drang konnte durch ein Abkommen mit dem Vatikan und die Unterzeichnung eines Konkordats (1855) vorübergehend gedämpft werden. Aber der Konflikt verschärfte sich erneut auf dem Ersten Vatikanischen Konzil, als sich die österreichischen Bischöfe demonstrativ der Opposition anschlossen.

Die Ideen einer Loslösung von Rom wurden nicht allein von pro-nationalistisch gesinnten Katholiken, sondern auch von Protestanten entschlossen ausgesprochen. Auf der Gründungsversammlung des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ (1886-87) trug der protestantische Theologe und Glaubenslehrer Paul Braeunlich Anti-Rom-Ideen vor (Gottwald, 1986).

In der zweiten Hälfte des 19. Jh. politisierte sich die Bewegung und geriet in den Fokus der Aktivitäten von Vertretern gesellschaftlicher Bewegungen und Verbände. Die Politisierung der Bewegung war mit den etwaigen Varianten deutscher Vereinigung verbunden: Die Befürworter der österreichischen (katholischen) großdeutschen Lösung lehnten die preußische (protestantische) kleindeutsche Lösung ab. So war das Bestreben, die Verbindung zu Rom abzubrechen, zum politischen Anliegen deutscher nationalradikaler Bewegungen geworden, die für eine Wiedergeburt des nationalen Selbstbewusstseins und der nationalen Eigenartigkeit plädierten. So durchdringen die politischen Ideen der Bewegung nach und nach den Boden zuerst des österreichischen und dann auch des deutschen Pangermanismus. Nach dem Sieg der preußischen Vereinigungsvariante (war doch für die Alldeutschen die Idee des Staates generell von der Idee des Lebensraums abhängig) setzte sich die Kritik am österreichischen Pangermanismus (Georg von Schönerer) durch die Alldeutschen um Ernst Hasse eher mit der Frage der Vorrangstellung und des Machtkampfes auseinander. Dazu zählt auch das offensichtliche Scheitern des Pangermanismus in Österreich, als Schönerer wegen antisemitischer Kritik und verbaler Angriffe auf die Redaktion der Zeitung *Neues Wiener Tagblatt* zu einer Haftstrafe verurteilt wurde (1888).

Die Alldeutschen beherzigten die religiösen Aspekte der Bewegung auf eigene Art, d.h. von nationalistischen Positionen aus, weil sie bestrebt waren, neue Anhänger zu gewinnen zu einer Zeit, in der der „politische Katholizismus“ (Brüggemann, 1939; Conway, 1997) etwas Alltägliches geworden war. Das Kritikobjekt wurde sehr vorsichtig formuliert, damit sich nicht gleich alle Katholiken von ihnen abwandten. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass der Alldeutsche Verband im Grunde aus Protestanten bestanden hatte: Über den „nationalprotestantischen Akzent“ der Alldeutschen sprach deren Wortführer Ernst Hasse (Albertin, 1953). Das Kritikobjekt war nicht personifiziert, weil darunter alle politischen Gegner der Alldeutschen gemeint waren. Das echte Ziel der Kritik war die Schwächung der Positionen

der Zentrumsparlei im Reichstag mittels Spaltung von deren Reihen. Zu diesem Zweck wurden als Zielscheibe der Angriffe ultramontane Katholiken gewählt, deren öffentliche Bloßstellung helfen sollte, die restlichen Katholiken für die Seite der Alldeutschen zu gewinnen. Dies sollte vor dem Hintergrund öffentlicher Bekundungen der eigenen Loyalität gegenüber der Kirche, den Glaubens- und Kultfragen geschehen, ohne die Zentrums-Katholiken übermäßig zu irritieren. In einem Aufruf der Alldeutschen, der 1918 in der Zeitung *Alldeutsche Blätter* veröffentlicht wurde, hieß es:

[...] wie früher, erscheinen in der Presse manchmal die Erwähnungen darüber, dass der Alldeutsche Verband gegenüber der Katholischen Kirche feindselig gestimmt sei, deren Ansehen untergrabe, zur Wiederbelebung der Los-von-Rom-Bewegung aufrufe sowie in seinem Machtstreben als Feind des christlichen Glaubens auftreten [...]. Dabei sind wir treue Anhänger der Katholischen Kirche [...]. Echte Deutsche, die sich zum Gedeihen unseres Volkes dem Verband anschließen, erhalten die Möglichkeit, die deutschen Traditionen, Denkweisen und das Bewusstsein zu bewahren. Als Mitglieder des Alldeutschen Verbandes wollen wir nichts von dem wissen, was diesem Urteil zuwiderläuft. Aufgrund unserer Zugehörigkeit zum Alldeutschen Verband sowie im Bewusstsein der Ziele unseres Wirkens möchten wir an dieser Stelle versichern, dass der Verband gebührende Hochachtung gegenüber dem christlichen Glauben entgegenbringt (ohne die Konfessionen einander gegenüberzustellen) und die Katholische Kirche keineswegs als eine feindselige Organisation betrachtet [...]. (*Alldeutsche Blätter*, 1918).

Die Kritik am Ultramontanismus (Leute, 1911; Strötz, 2003), einer Lehre über die Unterordnung der katholischen Nationalkirchen unter den Papst und eine strikte Reglementierung deren Tätigkeit im Dienste des Vatikans, enthielt im Grunde eine gut verschleierte Kritik an der Zentrumsparlei.

2. Der Primat des „Religiösen“ über das „Nationale“

Ähnlich dem mittelalterlichen Streit über die Universalien kritisierten die Alldeutschen den Grundsatz der Herrschaft der Kirche über den Staatlich sowie der des konfessionellen Bewusstseins über das Nationalbewusstsein. Die Worte von Dr. Philipp Hammer, katholischer Priester und Dekan des bischöf-



lichen Geistlichen Rates der Diözese Speyer, „Katholisch ist Trumpf!“, die später als ein Kartenspiel karikaturistisch abgebildet wurden, werteten die Alldutschen als Preisgabe nationaler Interessen dem Vatikan zuliebe. Für die Katholiken selbst bedeuteten sie faktisch eine programmatische Forderung, die darauf hinauslief, alles „Katholische als Vorherrschendes“ und „alles Sonstige als Untergeordnetes“ aufzufassen“ (Strötz, S. 368). Als „Vorherrschendes“ wurde nicht etwas Abstraktes, sondern eine ganz konkrete Realität betrachtet. In einem 1911 in Berlin veröffentlichten Handbuch für Ultramontanismus wurden dessen wesentliche Eigenschaften definiert. Die Definitionen stammen vom Kirchenhistoriker Franz Kraus (1840-1901):

- Ultramontan ist jener, der den Begriff „Kirche“ über die Religion stellt.
- Ultramontan ist jener, der den Papst mit der Kirche identifiziert.
- Ultramontan ist jener, der im Geiste des mittelalterlichen Kurialismus³ die Macht des Papstes als Nachfolger des Apostels Petrus für uneingeschränkt hält und diese in der weltweiten Gerichtsbarkeit höher als die Macht der Fürsten und der Völker stellt.
- Ultramontan ist jener, der meint, dass die religiösen Überzeugungen durch materielle Kräfte unterstützt werden, weil sie sonst kurzlebig sind;
- Ultramontan ist jener, der bereit ist, das eigene Gewissen der fremden Autorität zu opfern (Leute, 1911, S. 370-371).

Das Prinzip des Vorrangs des „Konfessionellen“ vor dem „Nationalen“ war nach Ansicht der Führungsfigur der Alldutschen Heinrich Class für Deutschland inakzeptabel, weil es der Politik von Bismarck und dessen Nachfolgern widersprach, die auf Wiedergeburt des Nationalbewusstseins gerichtet war sowie das Volk in ein Mittel des politischen Kampfes gegen den Vatikan verwandelte, der bestrebt war, die während des Krieges gegen das vereinigte italienische Königreich verlorenen Territorien des Kirchenstaates zurückzugewinnen (Einhard, 1912, SS. 284-286).

3. Die Aufgaben der Außenpolitik und der Kolonialismus

Abgesehen davon, dass der Vatikan bestrebt war, die deutschen Katholiken und deren Zentrumsparterie zur Lösung der eigenen Territorialstreitigkeiten mit dem vereinten Italien auszunutzen, verbreiteten die Ultramontanen, deren Bewegung in Frankreich Unterstützung

³ Kurialismus ist eine religiös-politische Lehre, die eine uneingeschränkte Macht des Papstes von Rom anerkennt.

gefunden hatten, revanchistische Ideen (Fritz Hartung, Florian Schmidt-Volkmar) ganz aktiv (Hartung, 1952; Schmidt-Volkmar, 1962). Diese Ideen traten in einen offenen Widerspruch zu den Aufgaben der „nationalen Wiedergeburt“ der Alldeutschen.

Die Alldeutschen gingen von der Ultramontanenkritik auf dem außenpolitischen Gebiet nach und nach zu einer Kritik der Zentrums-Katholiken auf dem Gebiet der Kolonialpolitik über, die ihnen als „unentschlossen und defensiv“ erschien (Loth, 1987, S. 67.). Die Katholiken befürchteten bei der Kolonialpolitik den übermäßigen finanziellen Aufwand und traten deshalb gegen die Durchführung dieser Politik auf (Frank Oliver Sobich, 2006, SS. 261-272). Der deutsche Jurist und Politiker August Reichensperger (1808-1895), Ex-Mitglied der Parlamentsfraktion der Zentrumspartei, erklärte, dass seine Angriffe auf die Befürworter einer aktiven Kolonialpolitik durch die Notwendigkeit bedingt waren, „die Flotte spürbar zu stärken“. Er verwies darauf, dass es nicht allen bekannt war,

[...] wie hoch die tatsächlichen Kosten für die Unterhaltung einer Landarmee sind und welche Opfer auch noch der Aufbau einer Flotte verlangen würde [...]. Um Kolonialpolitik zu betreiben, braucht man immense Mittel. Die Förderung einer Bereicherung des Staates erfordert von uns, nicht zuzulassen, dass das Volk völlig ausgesaugt wird; deshalb ist die Zentrumspartei gegen die Kolonialpolitik. (Löppenberg, 2009, S. 83)

Trotz der offensichtlichen Skepsis bei den Katholiken gegenüber einer aktiven Kolonialpolitik postulierten die Alldeutschen, denen die Propagierung und Popularisierung der Kolonialideen eine allgemeine Bekanntheit brachten, sowohl „die Förderung dieser Politik“ als auch die „Erreichung praktischer Ziele des deutschen Kolonialismus“ als programmatische Erklärungen (*Alldeutsche Blätter*, 4, S. 1.). So schrieb einer der Theoretiker des Pangermanismus Karl Peters, bezogen auf den Kampf um die Kolonien, dass die „politischen und ökonomischen Interessen Deutschlands“ dies erfordern (*Leipziger Zeitung*, 1891).

4. Judenfrage

August Keim, renommiertes Mitglied des Alldeutschen Verbandes und von 1911 bis 1918 preußischer Generalleutnant, übte Kritik an den Katholiken in der „Judenfrage“ und beschuldigte die Regierung und die Reichstagsabgeordneten, dass sie eine Politik nicht im deutschen, sondern im „römisch-jüdischen“ Interesse betrieben (Hering, 2003, S. 433). Nach Ansicht David Blackburns waren die Angriffe auf die Katholiken in der Judenfrage damit ver-

bunden, dass der politische Katholizismus die nationale Idee von der Position einer größeren Toleranz aus interpretierte, als es die nationalradikalen Kräfte taten (Blackbourn, 1981).

Nach dem Erfurter Kongress von 1912 legten die Alldutschen die Hauptrichtungen der Rassenpolitik fest. Das Wesen ihrer Erfurter Thesen, die gleich nach dem Parteitag in den *Alldeutschen Blättern* abgedruckt wurden, lief auf Folgendes hinaus: 1) das Entfernen der Armeedienst leistenden Eingeborenen und Mischlinge aus der Armee; 2) das Verbot von Mischehen in deutschen Kolonien; 3) die Verweigerung deutscher Staatsbürgerschaft für Kinder aus Mischehen (*Alldeutsche Blätter*, 1913, 37; *Alldeutsche Blätter*, 1913, S. 50).

Ein Jahr später erschienen in den *Alldeutschen Blättern* verallgemeinernde Beiträge von Fritz Flitner darüber, wie in der Gesellschaft „die Rassenfrage die Hauptaufmerksamkeit auf sich gezogen hatte“, und von Karl Felix Wolf mit der Aussage, dass „der Versuch, die Welt von der rassenpolitischen Position aus zu betrachten, es ermöglicht, zu sehen“, dass die Weltgeschichte stets „eine Geschichte des Kampfes zwischen den herrschenden Rassen um immer neue Territorien“ sei, und auch zu sehen, wie Rom bestrebt war, diesen Kampf im eigenen Interesse auszuschlachten (*Alldeutsche Blätter*, 1913, SS. 35; 38; 50).

5. Fazit

Man kann annehmen, dass das Projekt „Los von Rom“ als eine institutionell verankerte Bewegung es den Alldutschen ermöglichte, Aufgaben bezüglich deutscher Katholiken zu formulieren, wobei diese als politisch aktive Subjekte wahrgenommen wurden. Das Scheitern des österreichischen Projektes „Los von Rom“ ließ die Alldutschen erkennen, dass man eine vorsichtigeren strategische Linie ausarbeiten musste: Einerseits positionierte sich die Zentrumsparterie – dieses Bollwerk des politischen Katholizismus – als Opposition, woraus sich eine gewisse Annäherung mit dem oppositionellen Alldutschen Verband ergab. Die Alldutschen suchten die Unterstützung durch die Katholiken: dies fand seinen Ausdruck in der Class-Formulierung „pangermanische Katholiken“ (Class, 1932, SS. 178-181). Deren Unterstützung würde den Alldutschen - die nötige Stimmenzahl im Parlament sichern und somit möglich machen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Das Bündnis mit den Katholiken würde es den Alldutschen ermöglichen, das Projekt der Schaffung einer „nationalen Front“ in den Jahren des Ersten Weltkrieges erfolgreicher umzusetzen. Andererseits waren die Zentrums-Katholiken eine Konkurrenz für die Alldutschen, weil sie als eine homogene, geschlossene Gruppierung auftraten und den Deutschen ein eigenes Projekt der nationalpolitischen Entwicklung anboten. Die Alldutschen wollten mit offener Kritik am Zent-

rum keinen Konflikt provozieren; deshalb unterstützten sie die Gründung eines Antiultramontanen Reichsverbandes, der von 1906 bis 1925 existiert hat.

Literatur

Albertin, L. (1953). *Nationalismus und Protestantismus in der Österreichischen Los-Von-Rom-Bewegung um 1900*. Köln.

Alldeutsche Blätter. 4. Jahrgang. №1 (1911), S.211.

Alldeutsche Blätter. 22. Jahrgang, №37 (14. September 1912), S. 313-333.

Alldeutsche Blätter. 22. Jahrgang, №38 (21. September 1912), S. 337-343.

Alldeutsche Blätter. 23. Jahrgang, №35 (20. Juni 1913), S. 283-285.

Alldeutsche Blätter. 23. Jahrgang, №38 (20. September 1913), S. 322-325.

Alldeutsche Blätter. 23. Jahrgang, №50 (13. Dezember 1913), S. 434.

Alldeutsche Blätter. 6 Jahrgang, №25 (1918), S.108.

Anderson, B. (1991). *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Revised Edition. London.

Blackbourn, D. (1981). „Roman Catholics, the Center Party and Antisemitism in Imperial Germany“, in: P. Kennedy / A. Nicholls (ed.): *Nationalist and racialist movements in Britain and Germany before 1914*. London, SS. 106-129.

Brügmann, A. (1939). *Roms Kampf um den Menschen Grundlagen katholischer Politik im ausgehenden 19. Jahrhundert*. München.

Class, H. (1932). *Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*. Leipzig.

Conway, M. (1997). *Catholic politics in Europe, 1918-1945*. London-New York.

Einhard (1912). *Deutsche Geschichte*. Leipzig.

- Gellner, E. (1983). *Nations and Nationalism*. Oxford.
- Gottwald, H. (1986). Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen (EB) 1886-1945, in Dieter Fricke. *Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945*, 4 Bde. Leipzig, Bd. 2, S. 580-87, hier S. 581.
- Gottas, F. (1985). „Die Geschichte des Protestantismus in der Habsburgermonarchie“. In: Wandruszka, Adam / Urbanitsch, Peter (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. IV Konfessionen. Wien.
- Goodrick-Clarke, N. (1985). *The Occult Roots of Nazism: The Ariosophists of Austria and Germany 1890-1935*. The Aquarian Press.
- Hartung, F. (1952). *Deutsche Geschichte 1871-1919*. Stuttgart.
- Hering, R. (2003). *Konstruierte Nation: der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*. Hamburg.
- Hobsbawm, E. J. (1995). *Nations and nationalism since 1780*. Cambridge.
- Leipziger Zeitung*. 11.04.1891
- Leute, J. (1911). *Der Ultramontanismus in Theorie und Praxis*. Berlin.
- Löppenberg, I. (2009). „Wider Raubstaat, Großkapital und Pickelhaube“. *Die Katholische Militarismuskritik und Militärpolitik des Zentrums 1860 bis 1914*. Frankfurt am Main.
- Loth, W. (1987). „Zentrum und Kolonialpolitik“, in: Horstmann Johannes (Hg.), *Die Verschränkung von Innen-, Konfessions- und Kolonialpolitik im Deutschen Reich vor 1914*. Schwerte.
- Lothar, A. (1953). *Nationalismus und Protestantismus in der österreichischen Los-von-Rom-Bewegung um 1900*. (Phil. Diss.) Köln.
- Renan, E. (1995). „Was ist eine Nation?“ In: Ders.: *Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften*. Wien.
- Schmidt-Volkmar, E. (1962). *Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890*. Frankfurt am Main.

- Smith, H. W. (1995). *German Nationalism and Religious Conflict: Culture, Ideology, Politics, 1870-1914*. Princeton.
- Sobich, F. O. (2006). „*Schwarze Bestien, rote Gefahr*“. *Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich*. Frankfurt am Main.
- Strötz, J. (2003). *Der Fels der Kirche. Ultramontane Kirchenlehre im 19. Jahrhundert*, dargestellt am Beispiel des Eichstätter Bischofs Franz Leopold Freiherrn von Leonrod (1827–1905). Hamburg.
- Trauner, K.-R. (2006). *Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie*. 2. Auflage. Wien.

Kontakt:

Dr. Alexander A. Turygin,

Staatliche Universität Kostroma (Russland) -

Stellvertr. Direktor des Instituts der Geisteswissenschaften und der sozialen Technologien für die wissenschaftliche Tätigkeit -

Tel.: (4942) 391629 - Russische Föderation, Kostroma, 14, 1.-Mai-Str. – 156961

E-mail: ifi_nauka@mail.ru